ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Straubhaar, Thomas

Article — Published Version

Hoffnungsvoller Richtungswechsel?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Straubhaar, Thomas (2003) : Hoffnungsvoller Richtungswechsel?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 83, Iss. 7, pp. 418-419

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/42155

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Hoffnungsvoller Richtungswechsel?

Thomas Straubhaar

Deutschland bewegt sich.“ Unter dieses Motto hat Bundeskanzler Gerhard Schröder am 3. Juli 2003 seine Regierungserklärung gestellt. Mit einem Dreiklang aus Reformen, Subventionsabbau und Steuerentlastung soll ein Signal für mehr Dynamik, Wachstum und Beschäftigung gegeben werden. Gut so! Niedrigere Steuersätze, eine breitere Steuerbasis sowie eine fundamentale Erneuerung des Sozialstaates und des Arbeitsmarktes werden seit Jahren von Sachverständigen gefordert.

Wie soll die Steuersenkung gegenfinanziert werden? Da bleibt die Regierungserklärung außerordentlich wortkarg. Es steht lediglich geschrieben: „Die Bundesregierung betreibt Sparen nicht als Selbstzweck.“ Aus verschiedenen Aussagen lässt sich aber erkennen, dass die Regierung einen Mix aus folgenden Komponenten anstrebt: Abbau von Steuerprivilegien, Verringerung von Finanzhilfen, Veräußerung von Staatseigentum und höhere Schulden. Leider versäumte es der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung, klar zu machen, in welchem Verhältnis er die einzelnen Bestandteile mischen will. Deshalb wird sich die wahre Qualität der guten Absichtserklärungen erst dann zeigen, wenn sie zu konkreten Maßnahmen führen. Möglich ist immer noch beides: Ein hoffnungsvoller Richtungswechsel oder ein deprimierender Sprung in den Abgrund.

Aufschwung oder Absturz? Entscheidend wird sein, ob sich der Bundeskanzler als langfristig denkender Staatsmann oder als kurzfristig handelnder Interessenvertreter hervortun will. Geht es ihm um den schnellen Erfolg, wird er auf noch einmal höhere Schulden setzen. Dann bleiben die rund 15 Mrd. Euro Steuerersparnisse tatsächlich in den Taschen der Deutschen. Sie könnten dann - zumindest teilweise - für zusätzlichen Konsum ausgegeben werden. So finanziert, wäre die Steuersenkung ein Konjunkturankurbelungsprogramm mit einem nicht zu vernachlässigenden Wachstumsimpuls von ¼ bis ½ Prozent für die deutsche Wirtschaft im Jahr 2004. Allerdings wäre der langfristige Preis für diesen kurzfristigen Erfolg enorm hoch. Von einem durch Schulden entfachten konjunkturellen Strohfeuer ginge die Botschaft aus, dass Deutschland immer noch nicht bereit ist, die drückenden Gegenwartsprobleme wirklich zu lösen, sondern dass sie lieber auf kommende Generationen abgewälzt werden. Alle wüssten, dass die Steuergeschenke von heute mit Zins und Zinseszinsen morgen durch höhere Steuern zurückbezahlt werden müssen.

Schlimmer noch: Weil sich dank der Wahlen in den USA, dank der tiefen Zinsen und dank der stabilen Preis- und Lohnentwicklung in Deutschland nächstes Jahr die wirtschaftliche Situation ohnehin deutlich aufhellen dürfte, könnte das konjunkturelle Morgengrauen bereits als Zeichen einer Schönwetterperiode missverstanden werden. Wie schon im Jahr 2000 ist nicht auszuschließen, dass dann für die Bundesregierung die Versuchung zunimmt, den Aufschwung als Erfolg für ihre Strukturpolitik zu werten, was den politischen Willen zu weiteren Reformanstrengungen und den Abbau von Schulden, Finanzhilfen und Steuerprivilegien rasch in Frage stellen dürfte.

Geht es dem Bundeskanzler wirklich darum, dass „Deutschland auch in Zukunft ein guter Sozialstaat und eine moderne Volkswirtschaft sein kann“ und soll das Streben nach den „richtigen Koordinaten für unser Land und seine Zukunft“ nicht nur eine leere Worthülse bleiben, dann muss die Steuersatzsenkung durch einen Abbau von Schulden, Finanzhilfen und Steuerprivilegien und durch eine

Grundsanierung der sozialen Sicherungssysteme gegenfinanziert werden. Mit dem Abbau von Finanzhilfen und Steuerprivilegien muss heute und nicht erst morgen begonnen werden. Vor allem auch, weil zwischen dem Beschluss von Maßnahmen und ihrer Umsetzung rechtlicher Bindungen wegen ohnehin noch viel Zeit verstreichen wird.

Das Dilemma des Bundeskanzlers liegt darin, dass er durch einen Abbau von Finanzhilfen und Steuerprivilegien und einer der Zukunft verpflichteten Gegenfinanzierung der Steuersenkung kurzfristig keinen starken konjunkturellen Impuls erwarten darf. Was die einen weniger an Steuern abliefern müssten, zahlten andere mehr, weil Eigenheimzulage, Entfernungspauschale und andere Abzugsmöglichkeiten verringert oder gar abgebaut und bisher befreite Tatbestände wie Zuschläge auf Nacht- und Sonntagarbeit mit besteuert würden. Insgesamt ergäbe sich für das nächste Jahr aber zumindest ein Vertrauensgewinn.

Schmerzhafte Operationen sind immer lästig und man versucht, sie auf einen guten oder einen noch besseren Moment zu verschieben. Die Strategie des Wartens und Aufschiebens ist jedoch gefährlich. Die Bundesregierung wäre gut beraten, nicht den Weg des kurzfristig geringsten Widerstandes zu gehen und noch einmal noch mehr Schulden zu machen, nur weil künftige Generationen keine Stimme haben, um ihren Interessen heute Gehör zu verschaffen. Richtig wäre es, so schnell wie möglich zu beginnen, bei der heutigen Generation Privilegien und Finanzhilfen abzubauen, die Sozialsysteme zu modernisieren und den Staatshaushalt zu sanieren, um so jetzt und nicht später die Weichen für einen langfristigen Wachstumskurs zu stellen.

Eine auf die lange Frist ausgerichtete Reformpolitik ist momentan politisch gar nicht einmal hoffnungslos. Der fundamentale strukturelle Erneuerungsbedarf des Modells Deutschland wird mittlerweile von niemandem mehr ernsthaft bestritten. Immer mehr Menschen beginnen zu akzeptieren, dass sich einiges wird ändern müssen, damit möglichst viel bleiben kann, wie es ist. Junge Deutsche wissen, dass heute etwas geschehen muss, damit sie morgen nicht von der Schuldenlast erdrückt werden. Ältere ahnen, dass sie den Generationenvertrag nicht überstrapazieren dürfen, um nicht den Generationenkonflikt zu provozieren. Der Bundeskanzler hat es in seiner Regierungserklärung auf den Punkt gebracht: Es „ist klar geworden, dass wir in Deutschland wirklich ein neues Denken brauchen; eine Veränderung der Mentalität: weg von der Besitzwahrung und hin zur Gestaltung von Zukunftschancen“. Mit solchen Einsichten wird der Bundeskanzler weniger die Opposition als viel mehr die Regierungsparteien überzeugen müssen.

Mit dem taktisch geschickten Vorgehen, die lange geäußerte Forderung der Gegenseite nach Strukturreformen und Steuersenkungen aufzunehmen und zur eigenen Position zu machen, zwingt der Bundeskanzler die Opposition zu einer Spurtreue im Geleitzug. Es ist schwierig und wird nicht einfacher, sich gegen Gesetzesvorhaben zu stemmen, die ursprünglich auf dem eigenen Humus gewachsen sind. Damit wird es leichter werden, endlich mit einem Abbau von Subventionen und Steuerprivilegien zu beginnen.

Was noch zu tun bleibt ist, vor falschen Hoffnungen zu warnen. Bis nichtschuldenfinanzierte Steuersenkungen und strukturelle Einschnitte in der Arbeitsmarktpolitik, im Gesundheitswesen sowie bei der Altersvorsorge zu wirken beginnen und Deutschland auf einen höheren Wachstumspfad führen, dauert es Jahre und nicht Monate. Deutschland ist trotz aller guten Anfänge der letzten Wochen noch längst nicht am Ende der Reformen angelangt. Aber es befindet sich doch immerhin in einer günstigen Ausgangslage, von der aus sich eigentlich in einer Koalition der Vernunft eine nachhaltige Reformstrategie in Fahrt bringen lassen sollte.